

Pressemitteilung

„Religion stößt zunehmend auf Ablehnung“

Sozialethikerin Marianne Heimbach-Steins mahnt mehr Einsatz der Kirchen für Religionsfreiheit an

Münster, 30. November 2012 (exc) Die Religionsfreiheit gerät in Deutschland nach Einschätzung der Münsteraner Sozialethikerin Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins zunehmend unter Druck. Immer häufiger stoße Religion in der Öffentlichkeit auf Unverständnis und Ablehnung, bis hin zur Aggression. „In einer zunehmend säkularen und pluralen Gesellschaft ist das Recht auf Religionsfreiheit nicht mehr selbstverständlich“, schreibt die Forscherin des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Uni Münster in einer neuen Studie. „Welche Güter es schützen soll, darüber besteht keineswegs Konsens.“ Als Beispiele nennt sie Streit um Symbole wie Kopftuch, Burka, Kruzifixe und Moscheen, um Blasphemie-Vorwürfe und die Anerkennung als Körperschaft öffentlichen Rechts. In solchen Konflikten zeige sich, wie stark in der Öffentlichkeit, Justiz und Politik das Verständnis für die Bedeutung des Religiösen schwinde.

„Die christlichen Kirchen sollten sich in dieser religionspolitisch aufgeheizten Lage für die Religionsfreiheit aller einsetzen, auch und gerade der religiösen Minderheiten“, so Prof. Heimbach-Steins. Außerdem sollten Kirchen und Religionsgemeinschaften die Bedeutung ihrer religiösen Praktiken gegenüber Nicht- und Andersgläubigen transparent und glaubwürdig erläutern. „Sie sollten öffentlich Rechenschaft darüber abgeben, was ihnen selbst im Sinne der Religionsfreiheit als schützenswert erscheint“, unterstreicht die katholische Theologin. Andernfalls würden Grenzen des Verstehens zu „Quellen von Misstrauen und Argwohn gegenüber der Sozialverträglichkeit der Religion.“

„Innerkirchlich bis heute umstritten“

Mit Blick auf die katholische Kirche erinnert die Sozialethikerin daran, dass erst das Zweite Vatikanische Konzil die Religionsfreiheit vor 50 Jahren als Menschenrecht anerkannt habe. „Bis heute sind die Anerkennung dieses Rechtes und die Konsequenzen für die Kirche selbst innerkirchlich umstritten. Das zeigt sich nicht zuletzt an der Auseinandersetzung um die fundamentalistische Piusbruderschaft.“ Wenn Papst Benedikt XVI. die Religionsfreiheit vor allem als „Bollwerk gegen den Relativismus“ verstehe, drohe ein Rückschritt hinter die Position des Konzils.

In der Kirche sei eine Haltung der „Abwehr gegenüber den Errungenschaften der modernen Freiheitsgeschichte“ immer noch nicht überwunden, schreibt die Forscherin. „Genau darin liegt eine tiefe Ursache der gegenwärtigen Kirchenkrise. Der nach außen vertretene Anspruch auf Religions- und Gewissensfreiheit wird innerkirchlich nicht

konsequent eingelöst. Es fehlt an Anerkennung der Freiheit, Autonomie und Beteiligung der Gläubigen.“ Ein glaubwürdiges Eintreten für die Menschenrechte verlange aber Stimmigkeit. Wo sie fehle, kehrten immer mehr Menschen der Kirche den Rücken.

Die Sozialethikerin hebt hervor, in einer religiös vielfältigen Gesellschaft könne der soziale Frieden nicht ohne das Recht auf Religionsfreiheit bestehen. Für ein friedliches Miteinander brauche die Gesellschaft eine Ordnung, die die Freiheit weltanschaulicher Überzeugungen und religiöser Bekenntnisse schütze, und eine Kultur der Toleranz gegenüber Andersdenkenden. „Indem Religionsfreiheit jedem Menschen das Recht auf Bekenntnisfreiheit und freie Religionsausübung bietet, kann sie ein friedliches Miteinander fördern.“ Die laizistische Forderung, Religion ins Private zu abzurängen, führe hingegen zu sozialer und kultureller „Verarmung“ der modernen Gesellschaft.

Die sozialetische Studie ist im Cluster-Projekt A16 „Das Ethos der Religionsfreiheit. Theologische-ethische und politische Dimensionen“ entstanden. Prof. Heimbach-Steins entwickelt darin christlich-sozialetische Kriterien für eine moderne Religionspolitik, besonders mit Blick auf die politische Rolle von Kirchen- und Religionsvertretern. Sie unterzieht die Texte und die Rezeption des Zweiten Vatikanums einer kritischen Lektüre, greift Ergebnisse der Rechts- und Politikwissenschaft, der Religionssoziologie und der Philosophie zu rechtlichen, politischen und religiösen Herausforderungen der Religionsfreiheit auf und ergänzt sie um eine christlich-sozialetische Analyse.

Die Wissenschaftlerin ist Professorin für Christliche Sozialwissenschaften und Direktorin des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Uni Münster. In der zweiten Förderphase des Exzellenzclusters von 2012 bis 2017 leitet sie das Projekt C2-10 „Kritik von innen. Modelle sozialen Wandels in der katholischen Kirche“. (vwm/ska)

Hinweis: Marianne Heimbach-Steins, Religionsfreiheit. Ein Menschenrecht unter Druck, Paderborn: Schöningh, 2012. 232 Seiten, 24,90 Euro, ISBN 978-3-506-77212-1.

Bildzeile

Katholische Theologin Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins (Foto: Exzellenzcluster „Religion und Politik“, Brigitte Heeke)

Katholische Theologin Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins auf den Seiten des Exzellenzclusters

<http://www.uni-muenster.de/Religion-und-Politik/personen/projekt/heimbach-steins.html>

Katholische Theologin Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins im Forschungsinformationssystem der WWU Münster

<https://www.uni-muenster.de/forschungaz/person/9848>

Kontakt:

Viola van Melis
Zentrum für Wissenschaftskommunikation
des Exzellenzclusters „Religion und Politik“
Johannisstraße 1-4
48143 Münster
Tel.: 0251/83-23376
Fax: 0251/83-23246
religionundpolitik@uni-muenster.de
www.religion-und-politik.de

Wenn Sie Pressemitteilungen des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ nicht beziehen wollen, mailen Sie bitte an religionundpolitik@uni-muenster.de

Der Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der WWU Münster

Im Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU) forschen rund 200 Wissenschaftler aus 20 geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern und elf Ländern. Sie untersuchen das komplexe Verhältnis zwischen Religion und Politik von der Antike bis zur Gegenwart und von Lateinamerika über Europa bis in die arabische und asiatische Welt. Es ist der bundesweit größte Forschungsverbund dieser Art und von den deutschlandweit 43 Exzellenzclustern der einzige zum Thema Religionen. Bund und Länder fördern das Vorhaben im Rahmen der Exzellenzinitiative von 2012 bis 2017 mit 33,7 Millionen Euro.